

Illegale Arbeiter ausgewiesen

Hunderte von ausländischen Arbeitern ohne gültige Papiere wurden seit Anfang August 2002 von den malaysischen Behörden verhaftet. Zu Beginn des Jahres hatte die Regierung die Gesetze gegen illegale Einwanderer verstärkt. Eine Haftstrafe von bis zu sechs Monaten sowie körperliche Bestrafung mit sechs Stockhieben drohen den Arbeiter/innen und ihren Arbeitsgebern.

Eine Übergangsfrist ab März 2002 wurde eingerichtet, in der Einwanderer ohne Papiere straffrei in ihre Heimatländer zurückkehren konnten. Beamte der Einwanderungsbehörde teilten mit, dass 322.180 Personen seitdem das Land verlassen haben. Indonesische Staatsangehörige machten dabei mit 273.244 den Großteil aus, gefolgt von 20.105 indischen Rückkehrern und 17.637 Menschen aus Bangladesch.

Insgesamt befinden sich schätzungsweise über eine Million ausländische Arbeiter in Malaysia. Sie kommen mehrheitlich aus Indonesien, Süd-asien und den Philippinen. Darunter befinden sich noch weitere 100.000 bis 300.000 »Illegale«, so die malaysischen Behörden.

Obwohl die Zahl der Fähren nach Indonesien erhöht wurde und die indonesische Marine sogar drei Kriegsschiffe zum Transport einsetzte, müssen nun Tausende indonesische Arbeiter an den malaysischen Häfen auf eine Möglichkeit warten, in ihre Heimat zurückzukehren. Doch die malaysische Immigrationsbehörde hat bereits angekündigt, dass sie die Amnestie nicht über den 31. Juli verlängern wird. Nur in Fällen, in denen die Betroffenen ihre Rückfahrt durch ein Ticket bestätigen können, wird von der malaysischen Regierung ein weiterer Aufschub von einem Monat gewährt. Bei einem Treffen zwischen Indonesiens Präsidentin Megawati Sukarnoputri und Mahathir Anfang August auf Bali konnte keine Einigung über eine gemeinsam koordinierte Rückführung der indonesischen Arbeiter gefunden werden.

Besonders unsicher ist die Lage von Flüchtlingen aus Burma und Aceh. 150 Rohingya — eine ethnische Gruppe aus Burma — versammelten sich schon im Juli vor dem Gebäude des UNHCR in Kuala Lumpur in der Hoffnung, Hilfe von der UN gegen ihre Abschiebung nach Burma zu er-

halten. Dort, so fürchten sie, wird das Militärregime gegen sie vorgehen. Schätzungsweise leben 10.000 Rohingyas in Malaysia.

Jahrelang hatten die Behörden die billigen »Illegalen« geduldet, erst als das Wirtschaftswachstum im letzten Jahr drastisch von 8,5 Prozent auf weniger als zwei Prozent sank, schwenkte die Regierung auf den harten Kurs ein.

Vor allem die Bauindustrie und Plantagenbesitzer sind abhängig von den besagten Arbeitskräften. Shamsuddin Bardan von der Malaysian Employers Federation warnte vor weiteren wirtschaftlichen Einbrüchen in diesen Sektoren. Die Bauindustrie hat bereits Schwierigkeiten, ihren Aufträgen nachzukommen. Rund die Hälfte der in der Bauindustrie tätigen Arbeiter sind illegal beschäftigt.

Zainal Rampak, der Präsident des Malaysian Trade Union Congress, begrüßte das harte Vorgehen der Behörden und forderte die Arbeitgeber auf, den Einheimischen entsprechende Löhne zu zahlen.

vgl. *Malaysiakini* 16.6., 29.7., 4.8.2002; *Asia Times* 2.8.2002; *The Star* 12.8.2002

Viele Uniabsolventen arbeitslos

31.410 arbeitssuchende Absolventen verschiedener malaysischer Universitäten haben sich im Juli 2002 für staatliche Beschäftigungs- und Fortbildungsprogramme angemeldet. Die Programme wurden vom National Economic Action Council (NEAC) im Oktober letzten Jahres eingerichtet. Sie sind Teil der allgemeinen Strategie der Regierung, die Wirtschaft des Landes wiederzubeleben. Unter dem Programm werden arbeitslose Absolventen unterschiedlichen Behörden (etwa dem Erziehungsministerium) und verschiedenen staatlichen und privaten Unternehmen zugewiesen. Daneben wurden Fortbildungsprogramme eingerichtet, in denen die

Absolventen in Englisch und in Informationstechnologie unterrichtet werden. Es sind gerade diese beiden Bereiche, so der Direktor des NEAC Datuk Mustapa Muhamad, in denen viele malaysische Studenten Schwächen haben, die ihnen die Arbeitsplatzsuche erschweren. Offizielle Schätzungen gehen von rund 40.000 arbeitslosen Absolventen aus, die überwiegende Zahl sind mit 90 Prozent ethnische Malaien.

vgl. *New Straits Times* 12.8.2002

PAS-Präsident verstorben

Der parlamentarische Oppositionsführer und Präsident der islamischen Oppositionspartei PAS Fadzil Noor verstarb am 23. Juni 2002 nach einer Operation. Fadzil hatte eine wichtige Brückenfunktion innerhalb der malaysischen Opposition. Er vermittelte zwischen den Vertretern des islamischen Staatsmodells in der PAS und den eher säkulären Elementen der Opposition. So gelang es ihm auch, bei den Wahlen 1999 viele Nicht-Malaien als Wähler für die PAS zu mobilisieren.

Als sein Nachfolger wird Abdul Hadi Awang gehandelt, der bisherige stellvertretende Parteichef der PAS. Hadi verfolgt ein eindeutiges islamisches

nachrichten

Streit über islamisches Recht

Nachdem bereits vor elf Jahren Kelantan offiziell islamisches Recht einführte folgte am 14. Juli 2002 auch Terengganu. Die Zentralregierung in Kuala Lumpur hat der Polizei im PAS-regierten Terengganu aber den Befehl gegeben, das sogenannte *hudud* nicht zu vollstrecken. Premierminister Mahathir warnte die PAS-Regierung davor, die Gesetze zu implementieren, sie seien mit der föderalen Verfassung nicht vereinbar. Doch die Bundesregierung in Terengganu unter Führung von Abdul Abi Awang zeigte sich nicht beeindruckt und ließ verlauten, dass man das islamische Recht umsetzen wird. Hierfür plane man unter anderem eigene Gefängnisse zu bauen.

Unterdessen hat die UMNO vor dem Bundesgericht eine Klage gegen die Einführung des *hudud* in Kelantan eingebracht. Bis heute wurden dort die 1993 verabschiedeten islamischen Gesetze jedoch noch nicht umgesetzt.

vgl. *Utusan Online* 12.8.2002; *Asia Times* 15.8.2002; *FEER* 22.8.2002

Staatskonzept. So wollte er bis jetzt islamisches Recht in Malaysia einführen. Es bleibt also abzuwarten, ob er die Parteilianz der Opposition (u.a. bestehend aus PAS, Keadilan und People's Party) in dieser Form weiter zu koordinieren vermag. Bereits bei Nachwahlen einen Monat später, bei dem Fadzils vakanter Parlamentssitz im Parlament in Pendang zu besetzen war, verlor die PAS das Mandat.

vgl. *Asia Times* 26.6.2002, 12.7.2002; *FEER* 4.7.2002

nachrichten

Mitglied der Opposition verurteilt

Ezam Mohamad Noor wurde zu zwei Jahren Haft verurteilt. Er hatte im Jahr 1999 Journalisten einen Report über die Korruptionsvorwürfe gegen den malaysischen Handelsminister Radifah Aziz und Rahim Tamby Chik, einen ehemaligen Minister des Bundesstaates Malacca, zukommen lassen. Das zuständige Gericht stufte die von Ezam herausgegebenen Unterlagen als geheime Regierungsdokumente ein und bestrafte ihn nach dem *Official Secrets Act*. Ezam war schon vor einiger Zeit unter dem umstrittenen *Internal Security Act* festgenommen worden, weil er, so der Vorwurf, gewalttätige Demonstrationen gegen die Regierung organisiert haben soll.

Ezam hat unter anderem Anwars Ehefrau Wan Azizah Ismail beim Aufbau der Partei Keadilan unterstützt. Zudem ist er Vorsitzender der Oppositionspartei Keadilan Youth.

Den Vorwurf, den Report der Anti-Korruptionsbehörde an die Presse weitergeleitet zu haben, hat Noor während des Verfahrens nicht bestritten. Er sehe es als seine Aufgabe an, den Machtmissbrauch von Politikern offenzulegen.

Rund einhundert Anhänger der Opposition versammelten sich in und vor dem Gerichtsgebäude und riefen im Chor nach »*reformasi*« als Ezam aus dem Gebäude geführt wurde.

vgl. *Malaysiakini* 7.8.2002; *BBC News* 7.8.2002; *Utusan online*, 8.8.2002

Mit Tränen in den Augen unterbrach Premierminister Mahathir Mohamad am 22. Juni 2002 seine Rede vor dem jährlichen Parteikongress der United Malays National Organisation (UMNO). Nach 21 Jahren als Premierminister wolle er von allen Parteiämtern sofort zurücktreten. Drei Tage später verkündete der UMNO-General-Sekretär Khalil Yaakob der überraschten und verunsicherten Öffentlichkeit, dass Mahathir aber noch bis Oktober 2003 im Amt bleibt.

Sowohl die UMNO als auch die Regierungskoalition Barisan Nasional schlugen am selben Tag Malaysias Vize-Premier und Vize-Präsident der UMNO, Abdullah Ahmad Badawi, zum Nachfolger Mahathirs vor. Er soll den regierungsaltesten Staatschef Asiens zum geplanten Zeitpunkt ablösen.

Die Meinungen über Mahathirs Motive liegen weit auseinander. Ein Teil der Öffentlichkeit reagierte geschockt auf den zurückgenommenen sofortigen Rücktritt des 76jährigen und konservative Medien betonten die Bedeutung Mahathirs für das Land. Für die meisten Malaysier kam sein Rücktritt völlig unerwartet. Ein Malaysia ohne Mahathir schien bis zum 22. Juni unvorstellbar.

Dagegen sieht die Opposition darin nur einen Versuch,

Anwar bleibt wegen Korruption in Haft

Das oberste malaysische Bundesgericht hat am 10. Juli 2002 die Berufung Anwar Ibrahim gegen seine Verurteilung wegen Korruption abgelehnt. Anwar wurde im Jahr 2000 wegen Sodomie zu neun Jahren und zuvor wegen Korruption 1999 zu sechs Jahren Haft verurteilt.

Viele Anhänger der Opposition setzten ihre Hoffnung auf ein unabhängiges Urteil des Gerichts und wurden enttäuscht. Der vor beinahe zwei Jahren berufene oberste Richter Muhamad Dzaidin Abdullah hatte tiefgreifende Reformen für die Justiz angekündigt.

Der UN-Sonderberichterstatter zur Unabhängigkeit von

Rücktritt Mahathirs

den Rückhalt des Premierministers zu stärken. So bezeichnet die oppositionelle Zeitschrift *Aliran Monthly* den Auftritt als »peinliche Farce«. Mahathir habe sein Abtreten vor laufenden Kameras bewusst inszeniert. Schon öfter hatte der Premierminister öffentliche Reden genutzt, um die Zuhörer aufzuwühlen — nicht zuletzt als er den »Westen« beschuldigte, die Wirtschaftskrise in Asien verursacht zu haben. Heraneilende Parteifreunde waren sofort zu Mahathir ans Rednerpult gestürzt, um ihn zum Rücktritt von seiner Entscheidung zu überzeugen, so dass sich Mahathir schließlich doch (geplant?) umentschied. Viele Koalitionspartner wie der Präsident der Malaysian Chinese Association (MCA) Ling Leong Sik betonten sofort die Unersetzbarkeit des Premierministers. Dabei hatte Mahathir noch nicht einmal seinen Rücktritt als Premierminister ausgesprochen, sondern nur als Parteivorsitzender.

Vor allem die lange Übergangsphase wird von vielen Analysten als problematisch eingeschätzt. Zwar ist Badawi seit 1991 durchgehend Mitglied im Kabinett Mahathirs und hat 1998 das Amt des stellvertretenden Premierministers von Anwar Ibrahim übernommen, dennoch: Über zwei Jahrzehnte stand Mahathir im

Richtern und Anwälten, Param Curamasy, zeigte sich enttäuscht vom Urteil und kommentierte, dass Anwar in den letzten drei Jahren nie die Möglichkeit eines fairen Verfahrens hatte. Zuvor hatte auch der amerikanische Außenminister Powell bei seinem Kurzbesuch in Malaysia Ende Juli das Verfahren gegen Anwar offen kritisiert.

Das Berufungsurteil war die letzte Chance Anwars, das Urteil wegen Korruption aufzuheben. Auch gegen den Vorwurf der Sodomie hat der ehemalige stellvertretende Premierminister Berufung eingelegt.

vgl. *Malaysiakini* 30.7.; *Asia Times* 12.7.2002; *BBC News* 10.7.2002

Zentrum des politischen Systems des Landes. Beobachter fragen sich nun, ob die Machtübergabe an Badawi ein politisches Vakuum eröffnen wird oder ob sein Rückhalt in der UMNO groß genug ist, die Partei und besonders die Koalitionsregierung zusammenzuhalten.

Ein massiver Politikwechsel wird von Badawi nicht erwartet, er vertrat bisher wie Mahathir eine wirtschaftsfreundliche Politik und unterstützt das pluralistische Staatskonzept, ein Standpunkt, der vor allem wichtig ist, um die Unterstützung der ethnischen Minderheiten sowie der Landesregierungen zu gewinnen.

vgl. *Malaysiakini* 23.6.2002; *FEER* 4.7.2002; *Asia Times* 28.6.2002; *New Straits Times* 17.7.2002; *Aliran Monthly* Vol. 22 (6)

Zusammenarbeit mit Osttimor erweitert

Premierminister Mahathir Mohamad hat der osttimoresischen Delegation unter Leitung seines Amtskollegen Mari Bim Amude Alkatiri weitere Unterstützung für die junge Nation zugesagt. So plane man, Osttimor beim Aufbau seines Gesundheits-, Polizei- und Erziehungswesens zu helfen. Unter anderem werden bereits osttimoresische Beamte zur Aus- und Weiterbildung am National Public Administration Institute nach Malaysia gesandt. Zudem hofft der Leiter der Delegation, dass sich Kuala Lumpur für die Integration Osttimors in die ASEAN einsetzt.

Ganz uneigennützig sind die Bemühungen der malaysischen Regierung jedoch nicht, denn vor allem der malaysische Ölkonzern Petronas will sich für die Extraktion der riesigen Ölreserven Osttimors positionieren. Petronas soll Dili bei der Gründung einer staatlichen Ölförderungsgesellschaft die Planungen leiten.

vgl. *New Straits Time* 13.8.2002